

Florenz - Porto Alegre - Zürich

Was für die Aktion Finanzplatz Schweiz seit 25 Jahren ein Thema ist, wird nun von immer mehr sozialen Bewegungen aufgegriffen: Es entsteht ein internationales Netzwerk gegen Steuerflucht.

Lis Füglistner

Am Europäischen Sozialforum in Florenz im November letzten Jahres fand ein von der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke, der Erklärung von Bern sowie Attac Deutschland und Lausanne gemeinsam organisierter Veranstaltungszyklus zu Steuerflucht, Steuerparadiesen und Steuerwettbewerb statt. Während diesen Tagen wurden Informationen über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen europäischen Steuerparadiese zusammengetragen und die Situation aus den Perspektiven der verschiedenen Länder analysiert. In der Folge entstand ein lockeres Netzwerk von Personen und Organisationen, die sich in mit dem Thema Steuerparadiese und Steuerflucht auseinandersetzen. Bereits umspannt das Netz zehn verschiedene Länder Europas. VertreterInnen dieses Netzwerkes waren auch am Weltsozialforum in Porto Alegre präsent, um die Auswirkungen der Steuerparadiese auf die Länder des Südens zu thematisieren und das Netzwerk auf die anderen Kontinente auszuweiten. Ab März werden die Gruppierungen und Organisationen ihre Anliegen in den verschiedenen europäischen Ländern mit einer Road-Show auf die Strassen tragen. Wir verfolgen diese Vernetzung und Aktionen mit aktivem Interesse.

An der diesjährigen Hauptveranstaltung von Attac fand ein Workshop zum Thema Bankgeheimnis und Steuerflucht statt. Neben Dominique Froidevaux von Cotmec und Mascha Madörin beteiligte sich auch Mark Hampton aus Grossbritannien an den Diskussionen. Hampton lehrt Entwicklungsökonomie an der Universität Surrey und arbeitet seit zehn Jahren zur Thematik der Steuerparadiese und Steuerflucht. Für uns war es besonders interessant, einen Experten kennen zu lernen, der auf universitärer Ebene kritische Analysen zur Bedeutung der Steuerparadiese der Channel Islands für den Finanzplatz London macht.

Sonderregelungen mit EU-Ländern sind inakzeptabel

Die aktuellen Auseinandersetzungen, die im Rahmen der Verhandlungen über die bilateralen Verträge zwischen der EU und der Schweiz im Namen des Bankgeheimnisses geführt werden, beinhalten einen harten Konkurrenzkampf zwischen den mächtigsten Finanzplätzen Europas.

Die Schweizer Finanzinstitute verwalten ein Drittel des weltweiten grenzüberschreitenden Privatvermögens, was den lukrativsten Teil ihrer Geschäftstätigkeiten ausmacht. Kein Wunder, wehren sie sich mit allen möglichen Mitteln dagegen, Informationen über ihre wertvollsten KundInnen an die Steueraufsichtsbehörden weiterzuleiten. Daran hält der Bundesrat trotz heftigen Angriffen aus der EU weiterhin fest und feiert die neusten bilateralen Verhandlungsergebnisse mit der EU - Zinsbesteuerung ohne Informationsaustausch - als

erfolgreiche Verteidigung der Schweizer Finanzplatz-Identität gegen Angriffe aus dem Ausland.

In den verschiedenen Organisationen, die sich kritisch mit der Finanzpolitik der Schweiz auseinandersetzen, sind wir uns einig, dass es inakzeptabel ist, dass internationale Steuervereinbarungen nur mit den für die Schweiz bedeutenden Handelspartnerländern abgeschlossen werden und nicht auch für Entwicklungsländer gelten - (siehe dazu auch Fpi 2/2001). Auf eine Anfrage von Nationalrat Remo Gysin im Oktober 2002 an den Bundesrat, antwortete Kaspar Villiger, es stehe ausser Diskussion, dass dieses Quellenbesteuerungsabkommen auch auf die Länder ausserhalb der EU ausgedehnt würde.

Für uns steht fest, dass die Schweiz längerfristig nicht darum herum kommen wird, den Schutz der Steuerhinterziehung aufzugeben. Wir sind deshalb sehr erfreut über die zunehmende Vernetzung der Organisationen und Gruppierungen und freuen uns auf eine spannende, Länder übergreifende Zusammenarbeit.